

Landkreis Vechta
Referat für Wirtschaftsförderung,
Mobilität und Tourismus

Ravensberger Straße 20
49377 Vechta

**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zur Förderung der Niederlassung von
Ärzten und sonstigen medizinisch therapeutischen Berufsangehörigen im Landkreis Vechta**

1. Daten zur antragstellenden Person/Firma

1.1 Basisdaten:

Name der Praxis:	
Gründungsdatum:	
Rechtsform:	
Postleitzahl:	Ort:
Straße:	Hausnummer:
Name der antragstellenden Person*	
Familienname:	Vorname(n):
Telefon:	
E-Mail:	

* Falls Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Unternehmensberater etc. beauftragt wurde, bitte Vollmacht beifügen

1.2 Art/Branche der gewerblichen Tätigkeit

☐ Ärzte	
☐ Psychiater	
☐ Psychotherapeuten	
☐ Zahnärzte	
☐ Psychologen	
☐ sonstige gesetzlich geregelte Heilberufe	

1.3 Feststellung der KMU-Eigenschaft / Prüfung der Beteiligungsverhältnisse

	Ja	Nein
- Gehört die Betriebsstätte zu einem Unternehmen, das zu 25% oder mehr des Kapitals oder der Stimmenanteile unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens bzw. einer öffentlichen Stelle oder im gemeinsamen Besitz mehrerer verbundener Unternehmen bzw. öffentlicher Stellen ist oder	☐	☐
- hält das Unternehmen Anteile von 25% oder mehr an anderen Unternehmen oder	☐	☐
- erstellt das Unternehmen eine konsolidierte Bilanz oder ist es im Abschluss eines anderen Unternehmens enthalten oder	☐	☐
- bestehen Personalverflechtungen durch eine natürliche Person oder eine gemeinsam handelnde Gruppe natürlicher Personen mit anderen Unternehmen, die ganz oder teilweise in demselben Markt oder in benachbarten Märkten tätig sind?	☐	☐

**Wenn eine oder mehrere Positionen mit „Ja“ beantwortet werden,
füllen Sie bitte den Vordruck „KMU-Prüfschema“ aus**

**Anzahl der Beschäftigten
im Unternehmen**

- ☐ unter 10
- ☐ 10 bis 49
- ☐ 50 bis 249
- ☐ über 249

Jahresumsatz

- ☐ unter 2 Mio. €
- ☐ 2 bis 10 Mio. €
- ☐ über 10 bis 50 Mio. €
- ☐ über 50 Mio. €

Jahresbilanzsumme

- ☐ unter 2 Mio. €
- ☐ 2 bis 10 Mio. €
- ☐ über 10 bis 50 Mio. €
- ☐ über 50 Mio. €

1.4 Vorsteuerabzug

- ☐ Wir sind Vorsteuerabzug berechtigt
- ☐ Wir sind nicht Vorsteuerabzug berechtigt

2. Angaben zum Investitionsvorhaben

2.1 Investitionsort

Ortsteil/Gewerbegebiet:	
Postleitzahl:	Ort:
Straße:	Hausnummer:

Befinden sich weitere Betriebsstätten der Antragsstellenden in derselben Stadt/Gemeinde?

☐ Nein

☐ Ja, und zwar:

Ortsteil/Gewerbegebiet:	
Schwerpunkt:	
Postleitzahl:	Ort:
Straße:	Hausnummer:

3. Beschreibung des Vorhabens

3.1 Art der Investition

☐ **Errichtung einer Betriebsstätte (Existenzgründung)**

- ☐ Betriebskostenzuschuss
- ☐ Umzugskosten
- ☐ Renovierungs- und Modernisierungskosten
- ☐ Investition in Digitalisierung und Telemedizin

☐ **Übernahme einer Betriebsstätte**

- ☐ Betriebskostenzuschuss
- ☐ Umzugskosten
- ☐ Renovierungs- und Modernisierungskosten
- ☐ Investition in Digitalisierung und Telemedizin

☐ **Errichtung/Übernahme einer Zweitpraxis**

- ☐ Renovierungs- und Modernisierungskosten
- ☐ Investition in Digitalisierung und Telemedizin

4. Investitionen

4.1 Angaben zu den geplanten Umzugskosten/Investitionen*

Investitionen	EUR (auf volle 100 EUR gerundet)
Betriebskosten	
Umzugskosten	
Renovierungs- und Modernisierungskosten	
Investitionen in Digitalisierung und Telemedizin	
Gesamtinvestition	

Hinweis:

Die Summe der Gesamtinvestition muss der Summe der Gesamtfinanzierung entsprechen.

Liegt eine steuerlich anerkannte Betriebsaufspaltung vor?

☐ Nein

☐ ja (bitte in der Anlage 1 erläutern u. Bescheinigung des Finanzamtes / Steuerberaters beifügen)

* Eine detaillierte Auflistung der einzelnen Investitionen erfolgt in den entsprechenden Listen (Anlage zum Antrag)

4.2 Zeitliche Durchführung des Vorhabens

	Tag	Monat	Jahr
Begin			
Beendigung			

5. Finanzierung

Kapital	EUR (auf volle 100 EUR gerundet)
Eigenkapital	
Beantragter Investitionszuschuss	
Bankkredit	
Gesellschafterdarlehen	
Öffentliche Darlehen (z.B. KfW-Darlehen)	
Sonstiges Darlehen und öffentliche Finanzierungshilfen (z. B. Bürgschaften, Beteiligungen etc.) bitte erläutern:	
Sonstiges:	
Gesamtfinanzierung	

Hinweise:

- Fremdfinanzierungen sind durch geeignete Belege (z.B. Darlehensverträge) nachzuweisen.
- Es sind alle öffentlichen Finanzierungshilfen anzuführen, die beantragt oder bewilligt worden sind oder beantragt werden sollen.
- Die Summe der Gesamtfinanzierung muss der Summe der Gesamtinvestition entsprechen.

6. Angaben zu den Arbeitsplätzen

6.1 Anzahl der vorhandenen Dauerarbeitsplätze bei Antragstellung

	Anzahl Gesamt	Anteil weiblich*
Dauerarbeitsplätze		
Ausbildungsplätze		
Dauerarbeitsplätze schwerbehinderte Menschen (GdB 50)		

6.2 Anzahl der zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Dauerarbeitsplätze

	Anzahl Gesamt	Anteil weiblich*
Dauerarbeitsplätze		
Ausbildungsplätze		
Dauerarbeitsplätze schwerbehinderte Menschen (GdB 50)		

Hinweis:

Die sozialversicherungspflichtigen Teilzeitarbeitsplätze sind anteilmäßig zu der regelmäßigen betriebsüblichen oder tariflichen Arbeitszeit eines Vollzeitarbeitsplatzes zu berücksichtigen (z.B. Teilzeitarbeitsplatz 15 Std./Woche; Vollzeitarbeitsplatz 40 Std./Woche – einzutragender Wert 0.375). Die auf diese Weise für die einzelnen Teilzeitarbeitsplätze festgestellten Anteile sind zu addieren und in die Tabelle einzutragen.

*Aufgrund unterschiedlicher Fördermöglichkeiten wird diese Auskunft benötigt.



7. Erklärungen

- a. Ich/wir erkläre/n, dass mit dem Investitionsvorhaben nicht vor Antragstellung begonnen worden ist. Mir/uns ist bekannt, dass unter Beginn des Vorhabens grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages verstanden wird.
- b. Hiermit erkläre(n) ich/wir, für dieses Vorhaben keine Förderung aus anderen Richtlinien der EU, des Bundes und/oder des Landes beantragt zu haben bzw. zukünftig zu beantragen (Ausschluss Doppelförderung).
- c. Mir/uns ist bekannt, dass die in diesem Antrag (einschließlich Anlagen) anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist. Mir/uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgebend ist.
- d. Mir/uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungsverpflichtungen bekannt; insbesondere werde/n ich/wir jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich dem Landkreis Vechta mitteilen.
- e. Mir/uns ist bekannt, dass der Landkreis Vechta das Recht hat, die Antragsunterlagen, die Fördergrundlagen, die Erfüllung der Voraussetzungen und Bestimmungen und sonstige im Rahmen der Zuschussgewährung bedeutsamen Umstände in den Betrieben zu überprüfen oder überprüfen zu lassen und darüber Erkundigungen einzuholen.

Ort, Datum

Unterschrift der antragstellenden Person

Sofern eine Betriebsaufspaltung, eine Mitunternehmerschaft oder ein Organschaftsverhältnis vorliegt, ist der Antrag auch von der anderen Gesellschaft rechtsverbindlich zu unterzeichnen.

Ort, Datum

Unterschrift der antragstellenden Person

Erforderliche Unterlagen zum Antrag:

1. Antrag nach Vordruck
2. Beschreibung des Unternehmens/Betriebes (Art der gewerblichen oder freiberuflichen Tätigkeiten, Arbeitsplatzentwicklung, Umsatzentwicklung, Zukunftsaussichten)
3. Beschreibung und Begründung des Vorhabens und der vorgesehenen Investitionen:
 - a) bei baulichen Investitionen und Kauf zusätzlich: Bauzeichnung und Lageplan
 - b) bei Umzugskosten zusätzlich: Übersicht der Umzugskosten
 - c) bei Renovierungs- und Modernisierungskosten zusätzlich: Übersicht der Renovierungs- und Modernisierungskosten
 - d) bei Investitionen in Digitalisierung und Telemedizin zusätzlich: Übersicht der Investitionen in Digitalisierung und Telemedizin
4. Approbation, sowie kassenärztliche Zulassung o. Ä.
5. Gesellschaftsvertrag oder Auszug aus dem Handelsregister sowie Kopie der Gewerbeanmeldung bzw.
Bestätigung der Anmeldung beim Finanzamt bei Freiberuflern
6. Ggf. Meldebescheinigung über den Wohnort des Antragstellers
7. Ggf. Finanzierungsbestätigung des Kreditinstitutes sowie Darlehensverträge
8. Ggf. Bescheinigung des Finanzamtes / Steuerberaters über die steuerlich anerkannte Betriebsaufspaltung